



Aktionsprogramm für den AStA für das WS 77/78

- Gliederung:
- a. kurze polit. Darstellung, bundesweite Lage
  - b. allgemeine Aufgabe
  - c. konkrete Aufgaben zum Streik

zu a): "Die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation ist durch Arbeitslosigkeit bei wachsender Profitierung, Gesinnungsschnüffeln und Repression gekennzeichnet. In diese Situation sind die HSen miteingebunden.

Das drückt sich darin aus, daß Bildung und Ausbildung gemäß den Anforderungen der Unternehmer "optimiert" werden sollen." (AStA-Programm)

Das HRG als gesetzliche Absage an alle wirkungsvollen Demokratisierungsansätze der inneren Hochschulstruktur unterstellt das wissenschaftliche Studium der Rationalisierung und Effektivierung im Interesse des Kapitals und stellt den konzentriertesten Angriff auf unsere Studiensituation dar.

Die Krise des Wirtschaftssystems soll im Hochschulbereich durch das HRG vor allem auf die Studenten abgewälzt werden. Es verschult das Studium; möglichst viele Studenten sollen in möglichst kurzer Zeit ausreichend Fertigkeiten und Fachwissen eingepaukt bekommen. Die HS wird zur Ausbildungsfabrik, die auswechselbare, verantwortungslose Fachidioten produziert. Wer sich dagegen wehrt, wird per Ordnungsrecht der HS verwiesen.

Die VV der TH und das StuPa haben bereits vor über 1,5 Jahren die Forderung nach einem bundesweiten Streik als entschiedenste Kampfmaßnahme der Studenten gegen das HRG und die Angriffe auf die Studiensituation aufgestellt. Diese Streikmaßnahmen von Studenten sind erforderlich, um der Verwirklichung des HRG an der HS zu begegnen und für unsere Forderungen nach einem wissenschaftlichen, qualifizierten Studium einzutreten.

Bundesweit stehen in der nächsten Zeit die Verabschiedungen der Landesgesetze zum HRG auf dem "Programm". Ausnahmslos sind die Kernpunkte des HRG übernommen worden. Darüberhinaus soll die Studentenschaft durch rigide Finanzkontrolle oder totale Abschaffung diszipliniert werden.

Die Studentenschaften in Hessen fordern gemeinsam:

- Rücknahme des HRG
- keine Anpassung der Landesgesetze an das HRG

**2. Beschlüsse vom 14. 10. 1977 LAK**

a) Kernforderungen:

"Die Maßnahmen der Studentenschaften richten sich gegen:

- REGELSTUDIENZEITEN MIT ZWANGSEXMATRIKULATION, GEGEN VERSCHÄRFUNG DER PRÜFUNGSBEDINGUNGEN UND STUDIENORDNUNGEN SOWIE GEGEN DIE AUFRECHTERHALTUNG DER ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNGEN
- STELLENSTREICHUNGEN, UMWANDLUNG UND AUSTROCKNUNG VON STUDIENGÄNGEN (z.B. durch Kapazitätsverordnungen und Abbau der Lehrerausbildungsgänge)

- DIE VERSCHÜLUNG DES STUDIUMS UND DIE UNTERDRÜCKUNG GESELLSCHAFTSKRITISCHER ANSÄTZE IN LEHRE UND FORSCHUNG, GEGEN DIE ANPASSUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN AUSBILDUNG AN DIE KAPITALISTISCHE BERUFSPRAXIS UND GEGEN DIE VERPFLICHTUNG DER WISSENSCHAFT AUF EINEN STAATLICH VERORDNETEN ZWANGSKONSENS
- DIE ZERSCHLAGUNG BZW. KNEBELUNG DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFT MIT POLITISCHEM UND IMPERATIVEN MANDAT, MIT SATZUNGS- UND FINANZAUTONOMIE (wie bereits in Berlin, Bayern und an den Baden-Württembergischen Pädagog. Hochschulen vollzogen). GEGEN DIE POLITISCHE GLEICHSCHALTUNG DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFT MIT HOCHSCHUL- UND KOLLEGIENBÜROKRATIE DURCH STÄNDIG DRÖHENDE FINANZSPERRE UND WEITERE EINGRIFFE IN DIE FINANZAUTONOMIE
- GEGEN DIE VERBOTE UND ANGRIFFE AUF DAS POLITISCHE MANDAT DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFT, GEGEN VERBOTE VON VOLLVERSAMMLUNGEN, URABSTIMMUNGEN UND RAUMVERBOTE.
- GEGEN ZWANGSMASSNAHMEN RECHTLICHER ART DURCH HOCHSCHULBÜROKRATIE UND BÜRGERLICHE GERICHTE (Amtsenthebungen, Zwangsgelder u. a.), DIE DIE AUSFÜHRUNG DES POLITISCHEN WILLENS DER STUDENTISCHEN BASIS DURCH IHRE DELEGIERTEN IN DEN ORGANEN DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFT VERHINDERN SOLLEN
- GEGEN DEN EINSATZ DES STAATLICHEN GEWALTAPPARATES WIE POLIZEI, BESPITZELUNG DURCH DEN STAATSSCHUTZ USW. UND WEITERE MASSNAHMEN, DIE GEGEN STUDENTISCHE WIDERSTANDS-AKTIONEN UND PROTESTE GERICHTET WERDEN
- GEGEN DAS ORDNUNGSRECHT ALS SONDERJUSTIZ UND INSTRUMENT DER EINSCHÜCHTERUNG SOWIE GEGEN DIE STRAFRECHTLICHE VERFOLGUNG POLITISCH AKTIVER STUDENTEN
- GEGEN DIE WEITERE VERSCHLECHTERUNG DER SOZIALEN LAGE DER STUDENTEN, D.H. FÜR EINE KOSTENDECKENDE AUSBILDUNGSFÖRDERUNG.
- GEGEN DIE AUFRECHTERHALTUNG DER GETRENNTEN AUSBILDUNG AN FACHHOCHSCHULEN UND ANDEREN HOCHSCHULEN
- FÜR DIE EINRICHTUNG DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFTEN AN DER FACHHOCHSCHULE DER BUNDESPOST IN DIEBURG, AN DER EVANGELISCHEN FACHHOCHSCHULE IN DARMSTADT UND AN DER FACHHOCHSCHULE FRESENIUS "

→  
Forderungen  
Wir setzen uns für einen Ausbau des gesamten Bildungs- u. Ausbildungswesens ein, mit dem Ziel, daß jeder Jugendliche eine breite Allgemeinbildung und eine qualifizierte Ausbildung entsprechend seinen Fähigkeiten erhält.

zu b.: In dem vom Studentenparlament im letzten Semester mehrheitlich beschlossenen AStA-Aktionsprogramm heißt es:

"Zusammenfassend ist zu sagen, daß es eine zentrale Aufgabe des AStA sein wird, den Widerstand auf FB-Ebene und HS-Ebene für die Rücknahme des HRG zusammenzufassen und für die Ausweitung auf Landes- und Bundesebene auf Grundlage der Streikresolution einzutreten."

In diesem Wintersemester gilt es, Streiks und andere Widerstandsaktionen bundesweit für die Rücknahme des HRG's und gegen die geplante Verabschiedung der Landesgesetze zu organisieren. Die Ziele, die insbesondere während des Streiks im Vordergrund stehen, sind

- wir müssen in der Öffentlichkeit deutlich machen, warum wir uns gegen die Anpassung der hess. Hochschulgesetze an das HRG zur Wehr setzen, denn erst wenn unsere Forderungen von einem großen Teil der Bevölkerung für richtig gehalten und unterstützt werden, sind unsere Forderungen realisierbar
- innerhalb der HS ist es notwendig, auf möglichst breiter Ebene mit wissenschaftl. Mitarbeitern, Profs und anderen HS-Angehörigen Aktionen zu entwickeln. Denn die Hochschulpolitik wird maßgeblich von diesen Kräften getragen und umgesetzt.
- innerhalb der Studentenschaft muß in Arbeitsgruppen, Veranstaltungen etc. die Möglichkeit geschaffen werden, sich kritisch mit dem Studium, dem Universitätsbetrieb, Studienanforderungen, Berufsperspektiven etc. zusammen mit anderen Kommilitonen auseinanderzusetzen und zu erkennen, daß durch gemeinsames Vorgehen die Umsetzung des HRG in die Hochschulwirklichkeit verhindert werden kann.
- damit die Anpassung des HHG an das HRG erschwert oder gar verhindert werden kann, ist es notwendig, an den hessischen Hochschulen möglichst geschlossene Aktionen durchzuführen, um auf das Kultusministerium und Landtag Druck auszuüben. Auch die Streikaktivitäten müssen so weit wie möglich koordiniert werden.

Da in realistische Weise nicht davon ausgegangen werden kann, daß nach dem Streik das HRG endgültig vom Tisch ist, muß dieser Streik dazugentzt werden, die inhaltliche Diskussion zu führen, um auch über den Streik hinaus politische Perspektiven für weitere Aktionen aufzuzeigen.

Aus diesem Punkt ergibt sich, daß der Schwerpunkt des Streiks nicht darin liegen kann, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, daß alle Veranstaltungen ausfallen, sondern vielmehr, den Akzent auf die individuelle Arbeit zu legen.

zu c.: Der ASTa versucht in Zusammenarbeit mit den Fachschaften konkret folgende Vorschläge zu realisieren:

#### Urabstimmung

- zur Beschlußfassung über den Streik soll die Urabstimmung vom 15.-23.11. durchgeführt werden. Fachschaften und ASTa führen die Urabstimmung durch, die auch wesentlich zur Mobilisierung für den Streik genutzt werden soll.
- die Urabstimmung muß in einer breiten Mobilisierungskampagne geführt werden. Die Diskussion in der Studentenschaft, insbesondere bei Erstsemestern soll durch Informationsmaterial angeregt werden.
- In Presse und Medien muß durch Presseerklärungen u.a. Informationsarbeit geleistet werden.

#### Öffentlichkeits- und Bevölkerungsarbeit

Es ist notwendig, sowohl die Bev. als auch die Öffentlichkeit (Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Ortsvereine d. Parteien, Schulen, Eltern) über Streikziele, -inhalte und Aktionen zu informieren.

A Für ein Gelingen des Streiks ist es notwendig, der bestehende Isolation der Studenten entgegen zu wirken und Vorurteile über Studenten und "ihren" Streik abzubauen. Die Studentenschaft allein kann gegen das HRG nichts ausrichten. Nur mit Verständnis und Solidarität der Bevölkerung kann genügend Druck auf die Parteien, den Bundestag und die Regierung ausgeübt werden. Für diese Arbeit eignen sich fachübergreifend organisierte Arbeitsgruppen, in denen auch ~~BS~~ bisher nicht aktive Studenten die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten.

B Die gesamte Arbeit der Informations-AGs wird vom Streikrat koordiniert.

Mögliche Aktionen

Briefaktion: Es wird ein Brief der streikenden Studenten an Verwandte formuliert, indem die Studenten erklären, warum sie streiken und welche Forderungen sie haben. Jeder Student soll nach Möglichkeit 2 oder 3 Briefe verschicken (mit persönlichen Grüßen). Damit wird ein weiterer Personenkreis angesprochen.

Streikzeitung: Informationsorgan der (hessischen?) Studenten für die Bevölkerung. Darin soll über Streikziele ~~etc~~, Umfang des Streiks, Repression des Staates und im "Lokalteil" über Situation und Aktionen in Darmstadt informiert werden.

Berufsgruppen: Die Fachschaften sollen Arbeiter und Akademiker aus ihren Berufsgruppen ansprechen, informieren und evt. gemeinsame Aktionen durchführen.

Stände in der Innenstadt und den Stadtteilen: Verteilen von Flugblättern und der Zeitung

Anderer AGs nehmen Kontakt zu den angesprochenen Gruppen auf. (Öffentlichkeit)

Koordination und Aktionsplanung während des Streiks

Das Studentenparlament schlägt zur Koordination des Streiks vor:

- einmal pro Woche TH Gesamt Vollversammlung, bei Bedarf öfter
- ein TH Streikrat wird gebildet. Er besteht aus jeweils einem Delegierten der Fachbereichsvollversammlungen, oder falls dort keine Wahlen stattfinden, aus einem Delegierten der Fachschaftsvertreter. Er hat insbesondere die Aufgabe der Koordination der Aktivitäten des Streiks und der Herausgabe eines möglichst täglichen Streik-Infos
- das Studentenparlament tagt einmal pro Woche am Tag der Gesamtvollversammlung, um deren Ergebnis zu beraten und dem AstA Arbeitsaufträge zu erteilen

-5-

Im Streik besteht die Möglichkeit, wesentliche Entscheidungen und Aktionen direkt durch die Studentne in Vollversammlungen fällen zu lassen. Der AstA begreift nach wie vor entsprechend der von der Studentenschaft abgestimmten Satzung die Vollversammlung als höchstes beschlußfassendes Organ.

Im Streik fallen sehr viele organisatorische Aufgaben in Fachbereichsebene und Universitätsebene an. Deshalb wird ein Streikrat gebildet, der den Fachschaften und den AstA bei der Erfüllung der Aufgaben unterstützt.

Der Streikrat leistet die Herausgabe des Streikinfos. Es enthält Berichte, von AstA, Fachschaften und Arbeitsgruppen, Pläne für die nächsten Tage und Presse- oder sonstige Stellungnahmen.

Der AstA führt 1-2 Mal pro Woche zentrale Veranstaltungen durch, die Anregungen zur inhaltlichen Diskussion geben sollen. Er vertritt die Studentenschaft entsprechend den Vollversammlungs- und Studentenparlamentsbeschlüssen nach außen. Er unterstützt die Fachschaften soweit wie möglich bei der Durchführung ihrer Aktionen organisatorisch.

Da der Streik fachbereichsbezogen geführt werden soll und alle Studenten soweit wie möglich an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollen, sollen in den Fachbereichen mindestens einmal pro Woche eine Vollversammlung durchgeführt werden. Die Fachschaften führen den Streik an den Fachbereichen und insbesondere die inhaltliche Auseinandersetzung in AG's. Durch die verstärkte Einbeziehung von Kommilitonen in die an den Fachbereichen zu leistende Arbeiten kann erreicht werden, daß der Streik seine politische Aufgabe, starker und entschiedener Ausdruck der Widerstandsbewegung der Studenten gegen das HRG zu sein, erfüllt.